

Berlin, 14.05.14

## Wahlprüfsteine zur Wahl des 8. Europäischen Parlaments am 25. Mai 2014

Am 27. März 2014 haben wir an 109 KandidatInnen, von bereits im EU-Parlament vertretenen Parteien, unsere Wahlprüfsteine verschickt. Wir möchten uns bei allen für ihre Antworten bedanken.

### Im Einzelnen haben geantwortet:

- Bündnis 90/Grünen - Jan Philipp Albrecht, Reinhard Bütikofer, Barbara Lochbihler
- CDU - Michael Gahler/ CSU - Fraktion
- Die Linke - Sabine Lösing, Gabriele Zimmer
- FDP - Britta Reimers, Alexander Graf Lambsdorff

**Keine Antwort ist von der SPD eingegangen.** Von der CDU und der CSU bekamen wir identische Antworten zu unterschiedlichen Zeiten und von verschiedenen Personen.

In der folgenden Aufstellung sind die Parteien in alphabetischer Reihenfolge mit ihren jeweiligen Antworten genannt. Diese Auswertung haben wir auch im Web dokumentiert: <http://www.aktion-freiheitstattangst.org/archiv/articles/4240-20140525-wahlpruefsteine-zur-europawahl.htm>

### 1. Anonyme Kommunikation

Derzeit ist es in Deutschland erlaubt aber technisch nur schwer möglich, das Internet anonym zu nutzen.

<i>Wie stehen sie zur anonymen Internetnutzung und zur gesetzlichen Erhaltung derselben?</i>	Zustimmung	Ablehnung
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	X	
<b>CDU/CSU</b>	X	
<b>Die Linke</b>	X	
<b>FDP</b>	X	

<i>Wie stehen sie zu technischen Erweiterungen und der Erleichterung der Anonymisierung?</i>	Zustimmung	Ablehnung
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	X	
<b>CDU/CSU</b>	X	
<b>Die Linke</b>	X	
<b>FDP</b>	X	

### 2. Big Data

Ohne Zustimmung und Wissen der Betroffenen werden diverse personenbezogenen Daten erhoben und gespeichert. Dies verstößt gegen viele Rechtsnormen. Ausländische Konzerne umgehen deutsche Rechtsnormen durch den Sitz des Unternehmens in anderen Staaten.

Seite: 1 / 10

<b>Aktion Freiheit statt Angst e.V.</b> Rochstrasse 3, D-10178 Berlin Tel: +49-30-69 20 99 22 Fax: +49-30-69 20 99 22 E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de Web: <a href="http://www.aktion-freiheitstattangst.org">http://www.aktion-freiheitstattangst.org</a>	<b>Spendenkonto</b> Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG Kontonr.: 1105204100 BLZ: 43060967 IBAN: DE74 4306 0967 1105 2041 00 BIC/SWIFT: GENO DE M 1 GLS	<b>Ko-Kreis (Vorstandsmitglieder)</b> Ricardo Cristof Remmert-Fontes Sophie Behrendt Dr. Rainer Hammerschmidt (Schatzmeister)
Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg	Registernummer: VR 28834 B	Steuernummer: 27/659/52868

# Aktion Freiheit statt Angst e.V.

Für Freiheitsrechte, gegen  
Massen-Überwachung und Sicherheitswahn

E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de  
Web: <http://www.aktion-freiheitstattangst.org>



	<b>Wie möchten sie den deutschen Rechtsnormen Relevanz verleihen? Welche Initiativen haben sie geplant?</b>
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	Wir haben unter grüner Federführung die EU-Datenschutzreform einen großen Schritt vorangebracht. Die neue Verordnung wird den bestehenden Datenschutz stärken und auch für eine effektivere Durchsetzung sorgen. In der nächsten Legislaturperiode werden wir dies gegenüber den Mitgliedsstaaten verteidigen. Darüber hinaus werden wir die Snowden-Enthüllungen nicht auf sich beruhen lassen.
<b>CDU/CSU</b>	Es gilt, die EU-Datenschutzgrundverordnung zügig umzusetzen, um ein einheitlich hohes Datenschutzniveau in der Europäischen Union zu etablieren. Dabei ist es entscheidend, dass alle Anbieter, die in Europa ihre Dienste anbieten, den europäischen Datenschutzrecht unterliegen (Marktortprinzip).
<b>Die Linke</b>	Ein wichtiger Ansatz dazu bildet die Neuverhandlung des Safe Harbor-Abkommens (siehe unten).
<b>FDP</b>	Der Datenschutz der 500 Millionen EU-Bürger kann nicht mehr nationalstaatlich gewährleistet werden. Die Liberalen setzen sich und haben sich deshalb für einen europäischen Datenschutz im Rahmen der Datenschutzgrundverordnung eingesetzt. Dadurch gilt für alle EU-Bürger dasselbe Mindestschutzmaß, was die Erhebung und Verarbeitung ihrer Daten angeht, unabhängig davon, in welchem Land dies geschieht. Der Datenschutz stellt die Basis für eine Nutzung der Innovationen im Rahmen von Big Data und dem Internet der Dinge dar.

	<b>Wie möchten sie im Falle von eCall und (verpflichtenden) PKW-Telematiksystemen die informationelle Selbstbestimmung des Menschen schützen und gewährleisten?</b>
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	Die Grünen haben gegen eCall gestimmt, unter anderen auch wegen der Datenschutzprobleme. Es muss sichergestellt sein, dass das verpflichtende System sich wirklich erst im Notfall ins GSM-Netz einbucht und ein Signal absendet. Freiwillige eCall-Zusatzsysteme dürfen nicht von den Autoversicherern missbraucht werden.
<b>CDU/CSU</b>	Um den datenschutzrechtlichen Aspekten gerecht zu werden, sollen die gesendeten Daten auf ein Minimum beschränkt und eine Übertragung erst im Fall eines Unfalls vorgenommen werden. Vor einer solchen Aktivierung des eCalls soll keine Datenübertragung stattfinden.
<b>Die Linke</b>	Das informationelle Selbstbestimmungsrecht ließe sich im Falle dieser Systeme nur dann gewährleisten, wenn die Daten kurz nach ihrer Erhebung wieder gelöscht werden müssten. Letzteres wiederum setzt den Verzicht auf jegliche Form von Vorratsdatenspeicherung voraus.
<b>FDP</b>	Wir hatten als FDP im Europaparlament eine Bedingung für den verpflichtenden Einbau von eCall in jedes Neufahrzeug: Der Autofahrer soll die Möglichkeit haben, das System in seinem Auto auszuschalten. Er sollte die Wahl haben, den automatischen Notruf zu benutzen oder seine Privatsphäre zu schützen. Wir können nicht den "gläsernen Autofahrer" vorschreiben. Da der An-/Ausschaltknopf bei der Abstimmung im Februar 2014 keine Mehrheit bekam, konnten wir dem Gesetzestext zur Einführung von eCall nicht zustimmen. Das Gesetzgebungsverfahren ist allerdings noch nicht abgeschlossen, wir werden uns weiter für den eCall-Ausschaltknopf einsetzen.

Seite: 2 / 10

<b>Aktion Freiheit statt Angst e.V.</b> Rochstrasse 3, D-10178 Berlin Tel: +49-30-69 20 99 22 Fax: +49-30-69 20 99 22 E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de Web: <a href="http://www.aktion-freiheitstattangst.org">http://www.aktion-freiheitstattangst.org</a>	<b>Spendenkonto</b> Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG Kontonr.: 1105204100 BLZ: 43060967 IBAN: DE74 4306 0967 1105 2041 00 BIC/SWIFT: GENO DE M 1 GLS	<b>Ko-Kreis (Vorstandsmitglieder)</b> Ricardo Cristof Remmert-Fontes Sophie Behrendt Dr. Rainer Hammerschmidt (Schatzmeister)
Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg	Registernummer: VR 28834 B	Steuernummer: 27/659/52868

<b>Sind Sie für die verpflichtende Einführung digitaler Verbrauchserfassungsgeräte ("Smart Meter")?</b>	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>		<b>X</b>
<b>CDU/CSU</b>		<b>X</b>
<b>Die Linke</b>		<b>X</b>
<b>FDP</b>		<b>X</b>

### 3. Vorratsdatenspeicherung und Sicherheitsforschung

	<b>Wie wollen sie zum Schutz der Grundrechte gegen eine geplante Vorratsdatenspeicherung vorgehen?</b>
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	Die Grünen haben gegen die Vorratsdatenspeicherung in Europa und Deutschland gestimmt und haben in Deutschland beim Bundesverfassungsgericht und in Österreich beim Verfassungsgerichtshof dagegen geklagt. Die Klage aus Österreich hat am Ende sogar zur Aufhebung der Richtlinie durch den EuGH geführt. Für uns ist seit dem Urteil klar: Eine neue Vorratsdatenspeicherung kann es nicht mehr geben. Wir setzen uns nun für die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung in anderen EU-Mitgliedsstaaten ein.
<b>CDU/CSU</b>	Wir stehen für den Schutz der persönlichen Kommunikationsdaten der Bürgerinnen und Bürger. Aber wir dürfen Schutzlücken bei Strafverfolgung und Gefahrenabwehr nicht hinnehmen. Zu einer wirksamen Bekämpfung schwerer Kriminalität sind auch Mindestspeicherfristen für Verbindungsdaten notwendig. Wir wollen deshalb eine Vorratsdatenspeicherung mit Augenmaß: Die Speicherfrist darf drei Monate nicht überschreiten, die Ermittlungsbehörden dürfen auf die Daten nur auf richterliche Anordnung hin zugreifen und die Daten dürfen nur zur Bekämpfung und Verfolgung schwerer Straftaten genutzt werden dürfen. Ferner muss ein ausreichender Schutz der gespeicherten Daten gegen Missbrauch sichergestellt sein.
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE lehnt eine Vorratsdatenspeicherung von Anfang an ab und hat alle Initiativen zu ihrer Verhinderung unterstützt. Die Aufhebung der RL durch den EuGH eröffnet jetzt die Möglichkeit, einen Verzicht auf europäischer und nationaler Ebene zu fordern. Im deutschen Bundestag liegt ein entsprechender Antrag der Linksfraktion seit Längerem vor.
<b>FDP</b>	Das Urteil des EuGH vom 8. April 2014 stellt eine Bestätigung der konsequenten Linie der FDP bei der Vorratsdatenspeicherung dar. Denn diese stellt die Bürger unter Generalverdacht und ist Ausdruck der ausufernden Datensammelwut europäischer Regierungen. Nach diesem Urteil ist nun endgültig Schluss mit der anlasslosen Speicherung von personenbezogenen Daten und Zeit für ein Umdenken in der europäischen Politik. Die FDP wird alles in ihrer Macht stehende tun, um einen neue Richtlinie zu unterbinden. Die Mitgliedstaaten müssen außerdem ihre bestehenden Gesetze (die aufgrund der Richtlinie verabschiedet wurden) ebenfalls zurückziehen. Einzelstaatliche Vorstöße sind hier völlig fehl am Platz. Wir müssen endlich wieder das Vertrauen schaffen zwischen Staat und Bürger und den Schutz ihrer Privatsphäre in den Vordergrund stellen.

<b>Aktion Freiheit statt Angst e.V.</b> Rochstrasse 3, D-10178 Berlin Tel: +49-30-69 20 99 22 Fax: +49-30-69 20 99 22 E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de Web: <a href="http://www.aktion-freiheitstattangst.org">http://www.aktion-freiheitstattangst.org</a>	<b>Spendenkonto</b> Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG Kontonr.: 1105204100 BLZ: 43060967 IBAN: DE74 4306 0967 1105 2041 00 BIC/SWIFT: GENO DE M 1 GLS	<b>Ko-Kreis (Vorstandsmitglieder)</b> Ricardo Cristof Remmert-Fontes Sophie Behrendt Dr. Rainer Hammerschmidt (Schatzmeister)
Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg	Registernummer: VR 28834 B	Steuernummer: 27/659/52868

# Aktion Freiheit statt Angst e.V.

Für Freiheitsrechte, gegen  
Massen-Überwachung und Sicherheitswahn

E-Mail: [kontakt@aktion-fsa.de](mailto:kontakt@aktion-fsa.de)  
Web: <http://www.aktion-freiheitstattangst.org>



	<b>Was werden sie gegen die europäische Förderung und Erforschung von derzeit nicht zum Einsatz zugelassener Datenerfassungs- sowie Aufbereitungstechnologien in Deutschland bzw. in der EU unternehmen (z.B. bei Inpect, ACTBIO, u.a.)?</b>
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	Die EU-Forschungsförderung muss dringend umfassende Ressourcen zur Erforschung überwachungsfreier Kommunikationstechnologien bereitstellen. Dies ist in der Situation nach den Enthüllungen von Edward Snowden sogar verfassungsrechtlich geboten, denn der Staat muss aktiv dafür sorgen, dass die Grundrechte geschützt werden. Wir werden uns im Industrie- und Forschungsausschuss dafür einsetzen und im Innen- und Justizausschuss auch die weitere Aufarbeitung der Snowden-Enthüllungen vorantreiben.
<b>CDU/CSU</b>	Unser Ziel ist es, der Vereinbarkeit von bürgerlichen Freiheitsrechten und dem gesamteuropäischen Bestreben nach einem möglichst umfassenden Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Im Zentrum muss dabei immer der Schutz der Grundrechte stehen. Ferner läge die Entscheidung über die Nutzung der Forschungsergebnisse bei den Behörden der EU-Mitgliedstaaten.
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE fordert eine grundlegende Neuorientierung der europäischen und deutschen Förderpolitik in diesem Bereich - weg von Kontroll-, Überwachungs- und dazu gehörenden Analysetechniken hin zur Förderung von nutzerfreundlichen Verschlüsselungs- und Speichertechniken.
<b>FDP</b>	Die FDP hat sich konsequent gegen weitere Vorstöße oder gar die Einführung von Überwachungsmaßnahmen oder –initiativen ausgesprochen, darunter u.a. die Videoüberwachung öffentlicher und nicht-öffentlicher Räume, INDECT oder auch ENLET. In diesem Zusammenhang haben wir sowohl die Kommission als auch den Rat darauf hingewiesen, dass es nicht vereinbar mit den Grundrechten der EU-Bürger ist, dass Forschung und Förderung in diesen Feldern vorangetrieben wird. Wir werden uns auch in Zukunft gegen solche Maßnahmen aussprechen.

<b>Aktion Freiheit statt Angst e.V.</b> Rochstrasse 3, D-10178 Berlin Tel: +49-30-69 20 99 22 Fax: +49-30-69 20 99 22 E-Mail: <a href="mailto:kontakt@aktion-fsa.de">kontakt@aktion-fsa.de</a> Web: <a href="http://www.aktion-freiheitstattangst.org">http://www.aktion-freiheitstattangst.org</a>	<b>Spendenkonto</b> Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG Kontonr.: 1105204100 BLZ: 43060967 IBAN: DE74 4306 0967 1105 2041 00 BIC/SWIFT: GENO DE M 1 GLS	<b>Ko-Kreis (Vorstandsmitglieder)</b> Ricardo Cristof Remmert-Fontes Sophie Behrendt Dr. Rainer Hammerschmidt (Schatzmeister)
Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg	Registernummer: VR 28834 B	Steuernummer: 27/659/52868

#### 4. Biometrie

Biometrische Merkmale in Reisepässen und Personalausweisen unterliegen zahlreichen Gefahren durch Missbrauch (Identitätsdiebstahl, Cyberkriminalität). In Reisepässen ist diese Form der digitalisierten Körperabmessung verpflichtend.

	<b>Wie soll die geplante gesonderte Chipkarte (für "Vielreisende" im Entry-Exit-System, Erfassung aller Fingerabdrücke) eine Sicherheit vor Missbrauch gegenüber den oben genannten Identitätsnachweisen garantieren?</b>
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	Die Grünen lehnen das Entry-Exit System grundsätzlich ab. Es würde nicht nur zu einer weiteren anlasslosen Vorratsdatenspeicherung inklusive biometrischer Merkmale führen, sondern es bringt auch überhaupt keinen erkennbaren Nutzen. Die USA haben ein ähnliches System nach heftiger Kritik des Rechnungshofes nicht fertiggestellt.
<b>CDU/CSU</b>	Mit der Einführung des biometrischen Passes wurde ein größeres Maß an Qualität und Sicherheit als jemals zuvor erreicht. Für uns steht der Schutz der Daten im Mittelpunkt. Deshalb werden die Fingerabdrücke nur auf dem Chip gespeichert und nicht in einer zentralen Datenbank. Zum Schutz der Daten auf dem Chip vor unbefugtem Auslesen wurden diverse Sicherheitsmechanismen entwickelt.
<b>Die Linke</b>	Das ist, wie viele Beispiele zu solchen elektronischen Systemen mit sensiblen Informationen belegen, kaum möglich.
<b>FDP</b>	Wichtig ist, dass die Daten dezentral und verschlüsselt hinterlegt werden mit einem Verschlüsselungssystem, das derzeit nachweislich nicht geknackt ist und durch die Zivilgesellschaft untersucht werden kann. Dies ist beispielsweise durch den Einsatz von open source Software möglich.

	<b>Wie sollte die Entscheidungsfreiheit für Menschen gewährleistet werden, die eine Abbildung oder Vermessung durch technische Geräte außerhalb medizinischer Notwendigkeit ablehnen (z.B. aus Glaubensgründen)?</b>
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	Grundsätzlich sollte jedem Menschen freigestellt sein, ob er oder sie biometrisch vermessen wird. Das gilt nicht nur für Glaubensgründe.
<b>CDU/CSU</b>	Die für die Ausstellung des Passes erforderlichen Daten (Gesichtsbild und Fingerabdrücke) beschränken sich auf ein absolutes Mindestmaß, das wir für vertretbar halten.
<b>Die Linke</b>	Der Zwang zur Abgabe des digitalen Fingerabdrucks bei der Beantragung von Reisepässen ist rückgängig zu machen. Die entsprechende EU-Verordnung muss geändert werden. Auch bedürfen wir keiner weiteren Richtlinien eines digitalen Sicherheitsstaates, der die Überwachung des Einzelnen zur Pflicht macht.
<b>FDP</b>	Eine solche Entscheidung muss möglich sein, jedoch muss klar sein, dass die Konsequenz dieser Entscheidung ist, bei Einreisen in andere Länder einer gesonderten Kontrolle unterzogen zu werden.

<b>Aktion Freiheit statt Angst e.V.</b> Rochstrasse 3, D-10178 Berlin Tel: +49-30-69 20 99 22 Fax: +49-30-69 20 99 22 E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de Web: <a href="http://www.aktion-freiheitstattangst.org">http://www.aktion-freiheitstattangst.org</a>	<b>Spendenkonto</b> Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG Kontonr.: 1105204100 BLZ: 43060967 IBAN: DE74 4306 0967 1105 2041 00 BIC/SWIFT: GENO DE M 1 GLS	<b>Ko-Kreis (Vorstandsmitglieder)</b> Ricardo Cristof Remmert-Fontes Sophie Behrendt Dr. Rainer Hammerschmidt (Schatzmeister)
Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg	Registernummer: VR 28834 B	Steuernummer: 27/659/52868

## 5. Europäische Datenschutzgrundverordnung

Sind Sie für eine möglichst schnelle Verabschiedung dieser Verordnung?	Zustimmung	Ablehnung
Bündnis 90/Die Grünen	X	
CDU/CSU	X	
Die Linke	X	
FDP	X	

Unterstützen Sie den im Entwurf vorgenommenen Ansatz, dass zur Datenverarbeitung grundsätzlich eine explizite Einwilligung des Betroffenen einzuholen ist (Opt-In)?	Zustimmung	Ablehnung
Bündnis 90/Die Grünen	X	
CDU/CSU	X	
Die Linke	X	
FDP	X	

Unterstützen Sie eine Regelung für das „Recht auf Vergessen“?	Zustimmung	Ablehnung
Bündnis 90/Die Grünen	X	
CDU/CSU	X	
Die Linke	X	
FDP	X*	

\*) ZUSTIMMUNG im Rahmen der technischen Möglichkeiten

## 6. Europäische und außereuropäische Flugpassagierdaten

Wie stehen Sie zur Frage der existierenden und möglichen weiteren Abkommen zur Weitergabe von Flugpassagierdaten an Drittländer?	Zustimmung	Ablehnung
Bündnis 90/Die Grünen		X
CDU/CSU	X*	
Die Linke		X
FDP		X

\*) Existierende Abkommen müssen beibehalten werden.

Unterstützen Sie Überlegungen, eine europäische Datenbank mit Flugpassagierdaten einzurichten?	Zustimmung	Ablehnung
Bündnis 90/Die Grünen		X
CDU/CSU		X
Die Linke		X
FDP		X

<b>Aktion Freiheit statt Angst e.V.</b> Rochstrasse 3, D-10178 Berlin Tel: +49-30-69 20 99 22 Fax: +49-30-69 20 99 22 E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de Web: http://www.aktion-freiheitstattangst.org	<b>Spendenkonto</b> Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG Kontonr.: 1105204100 BLZ: 43060967 IBAN: DE74 4306 0967 1105 2041 00 BIC/SWIFT: GENO DE M 1 GLS	<b>Ko-Kreis (Vorstandsmitglieder)</b> Ricardo Cristof Remmert-Fontes Sophie Behrendt Dr. Rainer Hammerschmidt (Schatzmeister)
Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg	Registernummer: VR 28834 B	Steuernummer: 27/659/52868

	<b>Wie wollen sie eine Zusammenführung einer möglichen Flugpassagierdatenbank und Polizeidatenbank ("Verfügbarkeitsprinzip") verhindern?</b>
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	Ablehnung
<b>CDU/CSU</b>	Bei der Speicherung und Nutzung von personenbezogenen Daten muss grundsätzlich der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gewahrt bleiben. Sie muss sich auf das absolut Notwendige beschränken. Diese engen Regeln für die Erhebung und das Speichern personenbezogener Daten wären auch maßgeblich bei der etwaigen Einführung von Datenbanken.
<b>Die Linke</b>	Wir lehnen eine solche Datenbank ab.
<b>FDP</b>	Ablehnung

<b>Wie stehen sie zur Kündigung/Aussetzung des PNR-Abkommen mit den USA vor dem Hintergrund der NSA-Ausspähaffäre?</b>	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	X	
<b>CDU/CSU</b>		X
<b>Die Linke</b>	X	
<b>FDP</b>	X	

## 7. Schutz unserer Daten vor ausländischem Zugriff

In den USA beheimatete Firmen wird auf Grund des Safe-Harbour-Abkommens vertraut, dass sie sich an die europäische Datenschutzrichtlinie halten. Die NSA-Ausspähaffäre hat gezeigt, dass viele Unternehmen unter staatlichem Druck oder gegen Bezahlung Nutzerdaten weitergegeben haben.

	<b>Wie wollen sie die Einhaltung des Safe-Harbour-Abkommens kontrollieren?</b>
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	Wir fordern eine Kündigung des Safe-Harbor-Abkommens. Bevor die NSA-Massenüberwachung beendet ist, darf es keine weiteren Abkommen zum Datenaustausch mit den USA geben. Zusätzlich müssen auch EU-BürgerInnen die selben Rechte bekommen wie US-Personen.
<b>CDU/CSU</b>	Wir treten für die europaweite Einführung einer Meldepflicht für Unternehmen an die EU ein, die Daten ihrer Kundinnen und Kunden ohne deren Einwilligung an Behörden in Drittstaaten übermitteln. Wir werden zudem in der EU auf Nachverhandlungen der Safe-Harbor und Swift-Abkommen drängen.
<b>Die Linke</b>	Das derzeitige Abkommen ist aufgrund der Weigerung der USA die Datensicherheit sicher zu stellen auch nicht zu kontrollieren. DIE LINKE fordert eine Neuverhandlung des Abkommens, noch besser wäre allerdings ein allgemeines Datenschutzabkommen mit den USA, dessen Einhaltung vor nationalen/internationalen Gerichten eingeklagt werden könnte.
<b>FDP</b>	Die Liberalen fordern die Aussetzung des Safe-Harbour-Abkommens. Nicht zuletzt mit dem EuGH-Urteil zur Vorratsdatenspeicherung wurde dem Abkommen die Grundlage entzogen. Wichtig ist es, das EU-USA-Freihandelsabkommen (TTIP) an ein Datenschutzabkommen mit den USA zu knüpfen.

<b>Aktion Freiheit statt Angst e.V.</b> Rochstrasse 3, D-10178 Berlin Tel: +49-30-69 20 99 22 Fax: +49-30-69 20 99 22 E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de Web: <a href="http://www.aktion-freiheitstattangst.org">http://www.aktion-freiheitstattangst.org</a>	<b>Spendenkonto</b> Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG Kontonr.: 1105204100 BLZ: 43060967 IBAN: DE74 4306 0967 1105 2041 00 BIC/SWIFT: GENO DE M 1 GLS	<b>Ko-Kreis (Vorstandsmitglieder)</b> Ricardo Cristof Remmert-Fontes Sophie Behrendt Dr. Rainer Hammerschmidt (Schatzmeister)
Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg	Registernummer: VR 28834 B	Steuernummer: 27/659/52868

## 8. Bankdaten

<i>Wie stehen sie zur Kündigung/Aussetzung des SWIFT Abkommen vor dem Hintergrund der NSA-Ausspähaffäre?</i>	Zustimmung	Ablehnung
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	X	
<b>CDU/CSU</b>		X
<b>Die Linke</b>	X	
<b>FDP</b>	X	

## 9. Netzneutralität

Netzneutralität bedeutet gleichberechtigten Datentransport .

<i>Unterstützen Sie das gesetzliche Festschreiben der Netzneutralität?</i>	Zustimmung	Ablehnung
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	X	
<b>CDU/CSU</b>	X	
<b>Die Linke</b>	X	
<b>FDP</b> *) Ja, die FDP und ALDE-Fraktion hat dies im April im Europäischen Parlament sichergestellt.	X*	

	<i>Wie wollen sie Netzneutralität gewährleisten?</i>
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	Die Definition von Netzneutralität, die das Europäische Parlament beschlossen hat, ist sehr solide und muss im weiteren Gesetzgebungsverfahren erhalten bleiben. Sogenannte „Spezialdienste“ dürfen in keinem Fall als Alternative zum offenen Internet vermarktet oder genutzt werden.
<b>CDU/CSU</b>	Es gilt sicherzustellen, dass Provider ihre eigenen inhaltlichen Angebote und Partnerangebote nicht durch höhere Datenvolumina oder schnellere Übertragungsgeschwindigkeit im Wettbewerb bevorzugen. Auch von Suchmaschinen ist Neutralität zu verlangen. Neben der Festschreibung der Netzneutralität als Regulierungsziel im Telekommunikationsgesetz, machen wir uns auch für eine gesetzliche Verankerung auf europäischer Ebene stark.
<b>Die Linke</b>	Damit weiterhin alle gleichberechtigt und diskriminierungsfrei Inhalte senden und empfangen können, fordern wir die gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität und ihre technologisch zeitgemäße Sicherstellung. Priorisiert werden dürfen nur ausgewählte zeitkritische Dienste oder Inhalte (VoIP, Online-Gaming etc.) aus allein technischen Gründen, nicht nach kommerziellen Interessen der Netzbetreiber. Priorisierung darf nicht zu Lasten anderer Dienste, Anwendungen oder Inhalte erfolgen. Ein zukunftsfähiges, neutrales Netz für alle erfordert den Ausbau von Netzwerkkapazitäten und glasfaserbasierten Breitbandzugängen (FTTH).
<b>FDP</b>	Durch eine Regelung auf europäischer Ebene, dafür hat die FDP im Europäischen Parlament im April 2014 gestimmt.

<b>Aktion Freiheit statt Angst e.V.</b> Rochstrasse 3, D-10178 Berlin Tel: +49-30-69 20 99 22 Fax: +49-30-69 20 99 22 E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de Web: <a href="http://www.aktion-freiheitstattangst.org">http://www.aktion-freiheitstattangst.org</a>	<b>Spendenkonto</b> Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG Kontonr.: 1105204100 BLZ: 43060967 IBAN: DE74 4306 0967 1105 2041 00 BIC/SWIFT: GENO DE M 1 GLS	<b>Ko-Kreis (Vorstandsmitglieder)</b> Ricardo Cristof Remmert-Fontes Sophie Behrendt Dr. Rainer Hammerschmidt (Schatzmeister)
Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg	Registernummer: VR 28834 B	Steuernummer: 27/659/52868



## 10. Online-Überwachung

Deep-packet-inspection ist die Analyse des Datenstroms zwischen Sender und Empfänger. Diese findet durch Provider aber auch durch Geheimdienste ohne jegliche Zustimmung und ohne Wissen der Betroffenen statt.

	<i>Was wollen sie gegen diese Tiefenkontrolle des Datenstroms unternehmen?</i>
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	In der Novellierung der e-Privacy-Richtlinie muss es eine Klarstellung zum Verbot eines solchen Eingriffes in das Telekommunikationsgeheimnis geben. Darüber hinaus setzen die Grünen sich für einen flächendeckenden Einsatz von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung ein.
<b>CDU/CSU</b>	Die Deep Packet Inspection (DPI) zur Diskriminierung von Diensten oder Überwachung der Nutzerinnen und Nutzer werden wir gesetzlich untersagen.
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE fordert ein Verbot von Deep Packet Inspection, das zur Kontrolle der Inhalte von Kommunikation durch öffentliche und private Stellen genutzt wird.
<b>FDP</b>	Experten sagen hierzu übereinstimmend, dass ein Schutz vor solcher Ausspähung wahrscheinlich nicht gewährleistet werden kann, wenn nicht konsequent angefangen wird, alle Datenströme mit modernen, nach derzeitigen Stand der Wissenschaft nicht knackbaren Verschlüsselungssystemen zu verschlüsseln. Die Antwort lautet daher: Alle Privatpersonen und Betriebe sind angehalten, ihre Daten konsequent zu verschlüsseln. Geheimdienste gehören zudem wieder mehr unter parlamentarische Kontrolle, das gilt nicht nur für die Geheimdienste der Mitgliedsländer der Europäischen Union, sondern weltweit.

## 11. Whistleblower-Schutz

<i>Werden Sie sich für eine Richtlinie/Verordnung zum Schutz von Whistleblowern einsetzen?</i>	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	<b>X</b>	
<b>CDU/CSU</b>		<b>X</b>
<b>Die Linke</b>	<b>X</b>	
<b>FDP</b>	<b>X</b>	

<i>Werden Sie ein Asylangebot für Edward Snowden unterstützen?</i>	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	<b>X</b>	
<b>CDU/CSU</b>		<b>X</b>
<b>Die Linke</b>	<b>X</b>	
<b>FDP</b> *) ZUSTIMMUNG für einen Schutzstatus (Asyl scheint nach derzeitiger Lage rechtlich nicht machbar)	<b>X*</b>	

<b>Aktion Freiheit statt Angst e.V.</b> Rochstrasse 3, D-10178 Berlin Tel: +49-30-69 20 99 22 Fax: +49-30-69 20 99 22 E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de Web: <a href="http://www.aktion-freiheitstattangst.org">http://www.aktion-freiheitstattangst.org</a>	<b>Spendenkonto</b> Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG Kontonr.: 1105204100 BLZ: 43060967 IBAN: DE74 4306 0967 1105 2041 00 BIC/SWIFT: GENO DE M 1 GLS	<b>Ko-Kreis (Vorstandsmitglieder)</b> Ricardo Cristof Remmert-Fontes Sophie Behrendt Dr. Rainer Hammerschmidt (Schatzmeister)
Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg	Registernummer: VR 28834 B	Steuernummer: 27/659/52868

## 12. Open Software

<i>Ich werde mich für Maßnahmen stark machen, die die Nutzung und Verbreitung von freier Software (Open Source Software) erlauben und fördern.</i>	Zustimmung	Ablehnung
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	X	
<b>CDU/CSU</b>	X	
<b>Die Linke</b>	X	
<b>FDP</b>	X	

<i>Öffentliche Einrichtungen und Projekte, die öffentliche Fördergelder aus dem EU-Haushalt erhalten, sollten freie Software (Open Source Software) einsetzen.</i>	Zustimmung	Ablehnung
<b>Bündnis 90/Die Grünen</b>	X	
<b>CDU/CSU</b>	X	
<b>Die Linke</b>	X	
<b>FDP</b>	X	

<b>Aktion Freiheit statt Angst e.V.</b> Rochstrasse 3, D-10178 Berlin Tel: +49-30-69 20 99 22 Fax: +49-30-69 20 99 22 E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de Web: <a href="http://www.aktion-freiheitstattangst.org">http://www.aktion-freiheitstattangst.org</a>	<b>Spendenkonto</b> Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG Kontonr.: 1105204100 BLZ: 43060967 IBAN: DE74 4306 0967 1105 2041 00 BIC/SWIFT: GENO DE M 1 GLS	<b>Ko-Kreis (Vorstandsmitglieder)</b> Ricardo Cristof Remmert-Fontes Sophie Behrendt Dr. Rainer Hammerschmidt (Schatzmeister)
Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg	Registernummer: VR 28834 B	Steuernummer: 27/659/52868